

**GRUPPE IM RAT DER STADT LAATZEN**  
**SPD-GRÜNE-LINKE-FAULL-SCHEIBE**

**Antrag**  
**- öffentlich -**

**Beratungsfolge:**

**Drucksachen-Nr.: 2020/230**

Ausschuss für Wirtschaft und Vermögen	am 03.11.2020	TOP:
Verwaltungsausschuss	am 12.11.2020	TOP:
Rat der Stadt Laatzen	am 19.11.2020	TOP:

**Freizugängliches WLAN in allen städtischen Gebäuden und Einrichtungen der Stadt Laatzen**  
**- Antrag der Gruppe SPD-Grüne-Linke-Faull-Scheibe**

15.10.2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten Sie, den Gremien folgenden Antrag vorzulegen:

**Antrag:**

Der Rat beschließt

- die Einrichtung und Wartung von kostenfreiem WLAN in allen städtischen Gebäuden, Einrichtungen und Gebäuden mit angemessener Bandbreite,
- sodass für alle Laatzenener Bürgerinnen und Bürger das Empfangen, Lesen und Versenden von Emails und das Arbeiten auf Plattformen wie iserv [etc. an](#) diesen Orten möglich ist.
- Schulen und Jugendeinrichtungen sind bei der Einrichtung zu priorisieren.

Die Stadt Laatzen möge zudem prüfen, ob eine Förderung - beispielsweise durch die EU - möglich ist und diese im Falle eines positiven Prüfergebnisses beantragen.

**Begründung:**

Vor allem durch die Corona-Krise wurde deutlich, dass digitales Arbeiten mittlerweile ein wichtiger Teil im Tagesablauf von vielen Menschen unterschiedlicher Altersstufen ist. Besonders im schulischen Bereich wurde der Bedarf jüngst in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt und die Notwendigkeit eines Zugangs zum Internet für alle

augenfällig. Der Zugang zu digitalen Arbeitsmöglichkeiten darf nicht von der finanziellen oder sozialen Situation abhängig sein, sondern sollte zur Grundversorgung der Bürgerinnen und Bürger zählen. Laatzen kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen in Sachen des digitalen Bürgerservice.

Auch von der EU werden die Einrichtung und der Zugang schnellen Internets gefördert. Die Initiative „WiFi4EU“ richtet sich offenkundig an Gemeinden, in denen es bisher kein öffentlich zugängliches Internet gibt. Laut Informationen der Europäischen Kommission sind Kommunen und öffentliche Einrichtungen antragsberechtigt, welche die formalen Voraussetzungen eines öffentlichen Trägers erfüllen. Das ehrgeizige Ziel der Initiative lautet, dass alle EU-Bürger überall freien und kostenlosen Internetzugang erhalten sollen. Alle Europäer, heißt es in der Beschlussfassung, sollen „unabhängig davon, wo sie leben oder wie viel sie verdienen, in den Genuss einer hochwertigen WiFi-Verbindung kommen.“

Luisa Oyen